

Protokoll
zur 90. Sitzung des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen
am 24. April 2012 in Erfurt, Landesbüro Mehr Demokratie

Anwesenheit laut Anwesenheitsliste.

TOP 1 Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Protokoll wird bestätigt.

TOP 2 Kurze Auswertung der Kommunalwahl

Die Runde tauscht sich über die Wahl der Bürgermeister und Landräte am vorangegangenen Sonntag (22.4.) aus. Positiv wird die – im Vergleich zur letzten Kommunalwahl – gestiegene Wahlbeteiligung gewertet. Auch den Raum, den die Medien diesmal der Wahl eingeräumt haben, wird begrüßt. Schwierigkeiten werden zu Schulprojekten geschildert, die insbes. in staatlichen Schulen mitunter nicht stattfinden durften.

Maßnahmen und Projekte zur Steigerung der Wahlbeteiligung könnten vom Bündnis rechtzeitig (ein Jahr) vor der nächsten anstehenden Wahl diskutiert, zusammengestellt und öffentlich vorgestellt werden.

TOP 3 Volksbegehren zur Abschaffung des Finanztabus

Nach der in der vorangehenden Sitzung getroffenen Verabredung war ein Vorschlag (siehe Protokoll zur 89. Sitzung) für ein Volksbegehren zur Abschaffung des Finanztabus an alle Bündnismitglieder gegangen, verbunden mit drei Fragen:

1. Ist die Organisation mit dem vorgeschlagenen Verfahren (Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens) einverstanden?
2. Ist die Organisation mit dem konkreten Änderungsvorschlag einverstanden?
3. Trägt die Organisation eine Mehrheitsentscheidung auch dann mit, auch wenn sie selbst bei 1.) und 2.) mit „Nein“ votiert hat?

Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

Frage 1. und 2. beantworten mit Ja: Arbeitsloseninitiative, BUND, Bund der Steuerzahler, Evangelische Jugend, Kommunalpolitisches Forum, LINKE, Offene Arbeit, ÖDP, Piraten und Mehr Demokratie.

Für die SPD informiert Forbrig darüber, dass die Fraktion und der Vorstand an einem eigenen Vorschlag zur Änderung der Verfassung arbeiten. Ein Ergebnis ist zum 16.5. zu erwarten. Danach ist zu entscheiden, wie damit umgegangen und eine parlamentarische Initiative eingeleitet werden kann. Vor einem Volksbegehren wird eher gewarnt, da dies politisch auch kontraproduktiv sein kann, wenn das Verfassungsgericht das Urteil von 2001 bestätigt bzw. nicht – wie erhofft – zu einem anderen Ergebnis kommt.

B90/G und die ödp werden den Vorschlag erst noch in ihren Gremien beraten.

Vor diesem Hintergrund wird verabredet, die Vorlage der SPD und die Beratungen von B90/G und ödp auf alle Fälle abzuwarten und sich zeitnah wieder zu treffen.

TOP 4 Symposium im Landtag

Die Planung der Veranstaltung kommt ohne Schwierigkeiten voran; bisher sieht es so aus:

Windrad, Tunnel, Deponie?

- Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren -

Dienstag, 3. Juli 2012, 13-19 Uhr
Thüringer Landtag, Saal F 101, Erfurt

Eine gemeinsame Veranstaltung der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für „Mehr Demokratie in Thüringen“

- 12.30 Uhr Ankommen
- 13.00 Uhr Begrüßung und Einführung (Beck)
- 13.15 Uhr Eröffnungsrede mit anschließ. Diskussion
 Bruno Kaufmann, Präsident Initiative and Referendum Institute Europe (IRI Europe) und Beauftragter für Bürgerbeteiligung der Gemeinde Falun, Schweden
- 14.15 Uhr Überblick Planungsrecht
 (Harald Baumann-Haske, wird angefragt)
- 14.35 Uhr Ko-Referat: Wo sollten Bürger mehr Einfluss haben?
 (Dr. Brigitte Dahlbender, Vorsitzende BUND Baden-Württemberg)
- 15.00 Uhr 1. Kaffeepause
- 15.30 Uhr Alternative Beteiligungsformen: Planungszelle & Co.
 Hanns-Jörg Sippel, Vorstandsvorsitzender Stiftung Mitarbeit
- 16.30 Uhr Drei Thüringer Großprojekte in Planung: Pro und Contra
 1. Wasserspeicherkraftwerk Schmalwasser: Pro: Trianel (angefragt);
 Contra: BUND/Dr. Burkhard Vogel
 2. B19: Pro: offen; Contra: Bgm. Mosbach/Matthias Kehr
 3. ICE-Trasse an Weimar vorbei: Pro: Torsten Wilson, DB; Contra: Ulrike Köppel, Geschäftsführerin der weimar GmbH (angefragt)
- 17.15 Uhr 2. Kaffeepause
- 17.45 Uhr Podium mit den fünf Landtags-Fraktionen LINKE, SPD, B90/G, CDU, FDP
- 18.45 Uhr Ausblick

Stand: 26.4.2012

TOP 5 ESM und Fiskalpakt

Beck und Mahrle berichten über die im Bundestag und Bundesrat anstehenden Entscheidungen zu ESM und Fiskalpakt, die nach ihrer Einschätzung mit einem Demokratie-Abbau einhergehen, da Kompetenzen vom Bundestag weg zu einem Gouverneursrat verlagert werden. Mehr Demokratie, Bund der Steuerzahler, ödp u.a. planen eine Verfassungsbeschwerde, die als Bürgerklage konzipiert ist, so dass Bürgerinnen und Bürger hier mit klagen können.

TOP 6 Nächstes Treffen

Das nächste Treffen soll am Montag, dem 4. Juni 2012, 17 Uhr, im Beratungsraum beim Mehr Demokratie-Büro in Erfurt sein.

Für das Protokoll:



Ralf-Uwe Beck